

# Rote Betriebsräte!

Morgen Sonntag, den 13. April, 9.30 Uhr, im „Reißigerhof“, Reißigerstraße  
**Betriebsräte-Konferenz**  
Tagesordnung äußerst wichtig! Alle roten Betriebsräte müssen erscheinen

## Mobilisiert die rote Eisenbahnerfront!

An alle Eisenbahner Sachsens!

Am 11. und 12. Mai finden die Reichsbahnbetriebsräte-Wahlen statt. Die Reichskonferenz der revolutionären Eisenbahner, die im Februar in Dresden zusammenkam, wies in ihrer Entscheidung auf die gewaltige Bedeutung dieser Betriebsräte-Wahlen hin und betonte, daß die revolutionären Eisenbahner die Aufgabe haben, die rote Eisenbahnerfront für den Sieg der roten Pläne zu mobilisieren. Die Betriebsräte-Wahlen bei der Reichsbahn stehen dieses Jahr im Zeichen des verzweigten Kampfes gegen das Dornmüller-System, gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und den Sozialfaschismus. Statt betonte die Reichskonferenz der Eisenbahner, daß es bei der Betriebsräte-Wahl darauf ankommt, die Einheitsfront aller Arbeiter auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zusammenzuschließen, daß es notwendig ist, auf allen Dienststellen rote Eisenbahnerfronten aufzustellen.

Die revolutionären Eisenbahner werden unter den von der Reichskonferenz aufgestellten Forderungen den Betriebsräte-Wahlkampf führen.

### Forderungen

1. Für die Freisetzung der Dienstauvorschreibern und Verfürgung der Arbeitszeit auf 7 Stunden pro Tag bzw. 40 Stundenwoche bei entsprechendem Lohnausgleich.
2. Für die Freisetzung der Wirtschaftsgelände, der Ortslokalitäten und der Ortslokalitäten sowie die Reduzierung der Wohngruppen von 8 auf 2.
3. Für eine außerordentliche Lohnerhöhung von 20 % pro Stunde.
4. Gegen die Leistungslosgen und das Gedinglosgesetz.
5. Gegen Bahnabus, Teue, Eisenbahnbetriebsmittel und Eisenbahnpolizeireine.
6. Gegen jeden Abbau, für die Wiedereinstellung schon abgebauter Arbeiter und Beamten unter Mitwirkung der Personalverwaltung.

Dieser Kampf der Eisenbahner ist um so notwendiger, als das von Reichstag verabschiedete Reichsbahngesetz eine weitere unerhörte Forderung für die Eisenbahner mit sich bringt.

Jährlich sollen die Eisenbahner 600 Millionen Mark neben den übrigen Lasten, die von den internationalen Kapitalistenschwänden dem deutschen Proletariat auferlegt sind, 37 Jahre lang erschluden.

Kaum ist das Reichsbahngesetz verabschiedet, so wagen die Gewalttäter der Reichsbahn, auf welchem Wege sie die unerhörte Forderung zu decken beabsichtigen. Im Eisenbahngesetz sind die Tarif-gewerkschaften als erste Maßnahme die Eintragung von Reichsämtern für große Teile der Reichsbahngewerkschaften beschlossen. Heuchlerisch erklärten die Gewerkschaftsführer aller Couleur, daß dadurch Entlassungen vermieden würden. Ihr infamer Schwindel ist nach einigen Tagen zerfallen. Schon hat die Reichsbahnverwaltung die Entlassung von 1000 Reichsbahnarbeitern und 25 000 Betriebsarbeitern angekündigt bzw. bereits ver-

fügt. Zahlreiche Werkstätten werden geschlossen. Die sogenannten berufenen Vertreter der Eisenbahner wurden von den Reichsbahngewaltigen darin belehrt, daß sie nur Vorschläge für die Durchführung der Entlassungen machen könnten. An der Entlassung bzw. den Beschlüssen der Verwaltung sei absolut nichts zu ändern.

Schlag auf Schlag rüsten die im Auftrag des internationalen Kapitals führenden Vertreter der Reichsbahn gegen die Eisenbahner. Die Verhandlungen des Mantelstatutvertrages, von der reformistischen Bürokratie über drei Jahre verschleppt, sind endgültig gescheitert. Obwohl durch die Nationalisierung und der dadurch veränderten Ausdehnung der Arbeitskraft dringend eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Lohnaufbesserung erforderlich ist, sollen die heillosen Sparmaßnahmen der Verwaltung auch die geforderte Verbesserung verhindern. Sparmaßnahmen an den hohen Direktorenschaltern, an den Leistungslosgen, an die Aufwendungen für Teue, Bahnabus, Sportvereine usw. sollen natürlich nicht im geringsten durchgeführt werden. Nach dem Reichsbahngesetz wird die Anzahl der „leidenden Beamten“ noch erhöht werden.

Die Betriebsfraktionsleitung der revolutionären Eisenbahneropposition fordert aus der klaren Erkenntnis, daß die Verwaltung alle diese Maßnahmen nur mit Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie durchführen kann, den entscheidenden Kampf gegen diese Maßnahmen. Sie nimmt noch einmal Bezug auf die Reichskonferenz und fordert den weiteren Ausbau von

### Kampfforderungen in jeder Dienststelle

zur reiflichen Eroderung der Betriebe für den revolutionären Klassenkampf. Die bevorstehende

### Betriebsrätewahl

muß mit aller Klarheit aufzeigen, daß die Eisenbahner Sachsens mit ihren Kollegen im Reich nicht gewillt sind, zu den gegenwärtigen Unannehmlichkeiten weiter zu schweigen; daß sie nicht gewillt sind, sich durch die schreckliche Lohnarbeit der Arbeitszeit fröhlich machen zu lassen, daß sie nicht gewillt sind, den Zeitraum der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer an den Arbeitern länger zu dulden. Die Vertreter der Konferenz betonen, daß die RSO bei der Betriebsrätewahl in Harz, Nord und Westfalen nicht nur die Forderung aller Eisenbahner Sachsens auf, gemeinsam mit der Opposition den Kampf

### für den Sieg der roten Pläne

zu führen. Insbesondere muß es Aufgabe der sächsischen Eisenbahner sein, als Betriebsräte nur die Vertreter der Opposition zu wählen, weil nur sie als die Interessenvertreter der sächsischen Eisenbahner in Frage kommen. Deshalb, Eisenbahner, rafft euch auf, kämpft gegen jede politische und wirtschaftliche Unterdrückung, kämpft gegen den Verleumdungsversuch der Gewerkschaftsbürokratie!

Wählt am 11. und 12. Mai nur die Liste der RSO!

## Dresdner oppositionelle Buchdrucker aus dem Verband ausgeschlossen

Am 3. April fand eine außerordentliche Hauptversammlung der Dresdner Buchdrucker statt, die die Opposition durch 376 Unterschriften erzwungen hatte, um nochmals zu den Ausschüssen der Delegierten zum oppositionellen Gewerkschaftstongreß Stellung zu nehmen. Voraussichtlich hatte der Gewerkschaftstongreß noch einen weiteren Ausschluß, den des Kollegen Dief (Delegierter in Chemnitz), auf die Tagesordnung gesetzt. Am Tage der Versammlung kam in den Betrieben ein vom Arbeits-„auschluß“ (Verbandsseinheit (weil verlogener Titel)) gewachsenes Flugblatt zur Verteilung, in welchem der Freiburger Oberpostsekretär in schamloser Weise für die Ausschüsse Stimmung machte. Dief ist in seinen Argumenten haben selbst sozialdemokratische Kollegen nicht finden können, wenn er z. B. erklärte, die Ausschlußangelegenheit sei erledigt, und trotzdem mit viel Geld, Währungsdrucker und SPD-Fraktion die Mehrheit der oppositionellen Kollegen betrieb.

Die Begründung des Antrages der Opposition: „Die Versammlung betrachtet die Kollegen Weichert und Schuster nicht als ausgeschlossen“, gab Kollege Bremer, zugleich beauftragt er Stimmzettelabstimmung. Als Hauptredner der Opposition sprach Kollege W. H. Er wies nach, daß sich die Gewerkschaften mit der SPD und dem kapitalistischen Staatsapparat verbündet haben, daß nur eine selbständige proletarische Politik die Arbeiter vom Kapitalismus befreien könne. Für letztere sei der oppositionelle Gewerkschaftstongreß eingesetzt; deshalb müsse der Antrag der Opposition von den Kollegen unterstützt werden. Danach sprach sich der „linke“ Gewerkschaftler Sahlmann für die Ausschüsse ein. Dief durfte im Reigen nicht fehlen, er leserte seine Waise herunter, die Kommunisten wollten splittern. Der Kollege Butter, partellos, sprach gegen die Ausschüsse: Man solle nicht jammernd, daß es Unorganisierte gibt, wenn man sie erst schafft. Die Mehrheit hat heute die Mehrheit morgen. Kollege Höffling fragte, ob die Gewerkschaften einen Senering ausschließen, wenn er bei der Deutschen Turnerschaft große Reben hält. Des weiteren fragte er, ob es arbeitereindlich sei, wenn der oppositionelle Gewerkschaftstongreß sich mit Nationalisierungsfragen beschäftigt, so, wenn er dafür eintrat, daß Mann und Frau gleichen Lohn bekommen. Da leistete sich selbst, Gewerkschaftler Baumeller wieder ein heftiges Stückchen. Er rief dazwischen, bei Buchdruckers gebe es keinen Lohnunterschied. Dabei weiß jeder Bohrling, daß es wesentliche Lohnunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Buchdruckern gibt, andererseits gibt es aber fast keine weiblichen Leher und Drucker. Zuletzt sprach die SPD-Konane Scholz aus der Volkszeitung für die Ausschüsse. Er wurde am besten charakterisiert in der vorletzten Versammlung durch Kollegen Mähnd, der damals sagte: Glaub dem linken Schlieker Scholz nicht. Nach seiner Rede kam der Schlußantrag, der angenommen wurde. Der Antrag auf Stimmzettelabstimmung wurde vom Reichsanwalt aus ignoriert und Punkt 2 (Ausschluß des Kol. Dief) gleich mit erledigt. Das Sammelverfahren wurde bei der Abstimmung angewandt. Eine Mehrheit war für den Ausschluß der Kongreßdelegierten. Die Opposition wird weiter ihren geraden Weg verfolgen, noch größere Scharen sozialdemokratisch orientierte und parteilose Kollegen gewinnen. Zahlreiche Sozialdemokraten stimmten bereits gegen die Bürokratie und gegen die SPD-Linien. Schließen wir weitere Kreise!

## Neubaug-Belegschaft Dresden fordert Unterklüfung des Maschinenlehrlings

In einer am 10. April abgehaltenen Betriebsversammlung der Belegschaft der Neubaugdrucker in Dresden wurde auch zu dem Maschinenlehrlingsstreik in der Deutschen Tageszeitung in Berlin Stellung genommen und folgende Entscheidung gefaßt:

„Die Belegschaft der Neubaugdrucker Dresden nimmt am heutigen Tage Stellung zu dem Streik der Maschinenlehrlinge in der Deutschen Tageszeitung in Berlin. Sie ist überzeugt, daß dieser Streik eine überaus notwendige Kampfmaßnahme ist gegen den Druck der Unternehmer, der, trotz der überaus hohen Arbeitslosenzahlen auch im Buchdruckergewerbe, dahin geht, Nationalisierungsmaßnahmen und Mehrleistung die Arbeitslosigkeit noch zu steigern. Die Belegschaft fühlt sich vollkommen eins mit den streikenden Berliner Kollegen in ihrem Kampf um Herabsetzung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne. Sie weiß auch, daß dies zugleich ein Kampf gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie ist, die überall erklärt, daß das Arbeitslosenproblem nur durch Herabsetzung der Arbeitszeit gelöst werden kann, die aber sofort den Kampf gegen die Arbeiter aufwirft, die gewillt sind, die Arbeitszeit wirklich durch Kampf herabzusetzen. Der Kampf der Berliner Maschinenlehrlinge gegen das Kapital und den reformistischen Verrat ist auch unser Kampf. Unsere Arbeit wird sein, den Ablauf des Lohnkrisis zu einer intensiven Propaganda unter den Dresdner Buchdruckern für Erhöhung der Löhne und Herabsetzung der Arbeitszeit auszunutzen. Wir fordern die gesamte Arbeiterfront des graphischen Gewerbes auf, sich der Solidaritätsaktion für die streikenden anzuschließen. Gleichzeitig fordern wir, den Lohnkrisis sofort zu kündigen mit der Forderung: 10 Mark Lohnerhöhung für alle Lohnempfänger. Damit der Kampf der Maschinenlehrlinge auf verbesserter Arbeit durchgeführt wird.“

## Durchbruchstampf der Danziger Landarbeiter

Der am 1. April im Freiland Danzig ausgebrochene Landarbeiterstreik ist für die gesamte Arbeiterfront im allgemeinen und für das Landproletariat im besonderen von außerordentlicher politischer Bedeutung. Seit 1923 ist dieser Streik der Landarbeiter der erste Durchbruchstampf gegen die Front der Gutsherren, der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie und den Staatsapparat. Sieben Jahre lang haben sich die Führer vom DVB, Wierichowski und Rehberg, unter Ausnutzung aller demagogischen Mittel bemüht, die Landarbeiter vom Kampfe abzuhalten.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition organisierte Konferenzen, die außerordentlich hart von den Landarbeitern beachtet wurden.

Auf einer am 19. Januar abgehaltenen Konferenz wurde zur Lage Stellung genommen und dort ein Kampfprogramm der Landarbeiter aufgestellt und die Forderungen formuliert, die in Form eines Aufrufes den Landarbeitern zugänglich gemacht wurden.

In unermüdlicher Arbeit der oppositionellen Kollegen vom DVB wurden die Vorbereitungen für einen Kampf zur Frühjahrsteilnahme getroffen.

Wie die Landarbeiter verlangt werden, wollen wir an einigen Zahlen nachweisen. Ein vollwertiger Deputatarbeiter erhält bei einer zwölfstündigen Arbeitszeit einen Lohn von 30 Gulden (24,00 Mark) im Monat. Von diesem Geld werden noch die Versicherungsbeiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung in Abzug gebracht.

Wenn man bedenkt, daß der Lohn einrichtlich dem Deputatwert insgesamt 35 % weniger die Stunde für einen vollwertigen Arbeiter ausmacht, und ein Jungarbeiter im Alter von 14 bis 16 Jahren 11 % weniger Gesamtlohn erhält, dann kann man sich einen Begriff machen von der furchtbaren Not, in der sich diese Landarbeiter befinden. Und trotz dieser jämmerlichen Bezahlung die Gutsherren und Großbauern, noch die Löhne zu senken.

Was fordern die Landarbeiter im Freiland Danzig? In erster Linie Abschaffung der Naturalentlohnung und des Werklohnungssystems. Die Gutsherren geben den Landarbeitern schlechten Deputat, d. h. minderwertigen Roggen, minderwertige Kartoffeln usw. Die elende Werklohnung zählt zum Lohn. Und weil der Landarbeiter, wenn er seine Arbeitstelle verläßt, zu gleicher Zeit auch die Wohnung räumen muß, ist diese Forderung eine der wichtigsten.

Die Landarbeiter wollen einen Barlohn für vollwertige Arbeitsträger über 15 Jahre von 65 Pfennig. Jugendlichen Arbeiter im Alter von 16 Jahren, die in den meisten Fällen alle Arbeiten verrichten müssen, fordern 40 Pfennig Stundenlohn. Und für die Jungarbeiter im Alter von 14 bis 16 Jahren einen solchen von 18 Pfennig. Die Arbeitszeit soll in den sogenannten ruhigen Monaten 8 Stunden und in der Saison und Erntezzeit 10 Stunden nicht übersteigen.

Diese Forderungen wurden dem Landbund, der jetzt Tarifantrahent des DVB ist, von der zentralen Streikleitung überreicht, mit der Maßgabe, daß sich der Landbund bis zum 21. März dazu äußern sollte. Der Landbund reagierte nicht auf alle Forderungen, und so nahmen die Landarbeiter am 29. März in allen Landorten Stellung und beschloßen zum 1. April den Streik zu treten.

Ihre Kampfforderung war: Kein Entlohnungsentzug in die Erde, bevor nicht die Minimalforderungen beachtet sind!

In großen Kundgebungen, die in den wichtigsten Gebieten des Reichs abgehalten, demonstrieren die Landarbeiter in waldigen Massen für diese Forderungen. Das ganze Gebiet

wurde in zehn Arbeitsgebiete aufgeteilt, die je eine Anzahl Pöcher und Güter umfassen. In allen wichtigen Orten wurden örtliche Streikkomitees gewählt, die sich wiederum zu Arbeitsgebietskomitees zusammenschlossen. Aus diesen Arbeitsgebietskomitees entstanden die Landarbeiter ihre Delegierten in die Bezirksstreikleitung. Um die enge Verbindung mit den Industriearbeitern herzustellen, entsandten die Pöcher- und Verleher drei und die Erwerbslosen zwei Vertreter in die zentrale Streikleitung der Landarbeiter. Auf den Landarbeiter-Kundgebungen wurden Aufrufe an die politischen und deutschen Landarbeiter gerichtet, die ausgeteilt wurden, ebenfalls zu kämpfen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Jetzt ist es Aufgabe aller Werktätigen und vor allem die Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsopposition, in erster Linie in den angrenzenden Gebieten wie Ostpreußen, Pommern, Grenzmark und Sachsen, die Landarbeiter und das Industrieproletariat zu mobilisieren zur Unterstützung der kämpfenden Landarbeiter in Danzig. Die Danziger Landarbeiter haben bewiesen, daß sie zu kämpfen bereit sind. Aber die Landarbeiter bedürfen der Unterstützung der Arbeiter aus den Großbetrieben und aus den Städten.

Dieser Streik ist aber weiter, daß der Klassenkampf im Dorfe sich in einer aufsteigenden Linie befindet und an Schärfe zunimmt. Die Industriearbeiter mögen sich an den Landarbeitern ein Beispiel nehmen und ebenfalls sich zum Kampfe aufstellen. Die Partei aber muß leben, daß sie ihre Aufmerksamkeits noch mehr dem Dorfe zuwenden sollte, um das Kampfbündnis der Land- und Industriearbeiter mit den landarmen Bauern zu festigen.

## Die Telegraphenarbeiter im Bezirk Bauken erwachen

Am Sonntag dem 6. April fand eine Versammlung der Telegraphenarbeiter des Telegraphenbauamtsbezirks Bauken statt. Infolge der wichtigen Tagesordnung und da im Bericht des Bauamtes Bauken 40 Arbeiter zur Entlassung kommen sollten, war die Versammlung von 76 Kollegen besucht. Der Kollege Schmidt, Berlin, hielt zunächst ein Referat über die Aufgaben der Telegraphenarbeiter und ihre Lage. Am Schluß seiner Ausführungen behandelte er die Betriebsrätewahl, wobei er glaubte, einen Schlag gegen die Opposition führen zu müssen, da diese eine Konferenz in Halle abgehalten hätte, an der auch 3 Abgeordnete der SPD teilgenommen hätten. Er konnte jedoch mit seinen Ausführungen die Kollegen nicht begeistern, denn einiges Schmelgen herrschte, als er sein Referat schloß.

Die Diskussion über das Referat war sehr lebhaft, und die Kollegen lobten dem Verbandsvertreter sehr Sittliche Wahrheiten und verteidigten die Auffassung der Opposition. Besonders der Genosse Wendler von Cunewitz nahm prinzipiell Stellung zu den Fragen der reformistischen oder revolutionären Gewerkschaftspolitik und die Zustimmung, die keine Ausführungen fanden, zeigten doch auch die Telegraphenarbeiter erwachen und zur Opposition stehen.

Schmidt verließ in einem Zitterrochen zu retten was zu retten war. Er verlor sich in einer Brunnensprache der zünftigen Arbeiter.

Bei dieser Konferenz wurde einstimmig der Genosse Wendler zum Kampfkameraden und Kampfschutzgenossen gewählt. Zum

zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Köhrborn, Jitzau, und als Schriftführer Kollege Ludwig, Bauken, gewählt.

Den Bericht von der Bezirkskonferenz, der ebenfalls eine lebhafte Diskussion auslöste, erläuterte der Kollege Juchter, Bauken. Als Bezirksbetriebsratsmitglied wurde Kollege Köhrborn einstimmig vorgeschlagen. Kollege Wendler machte am Schluß der Versammlung noch auf die Notwendigkeit aufmerksam, sich dem Arbeiter-Turn- und Sportbund anzuschließen und den gelben Sportverein aufs Schärfste zu bekämpfen. 29. 1921

## Die Sächsischen Serum-Werke unterbinden die Wahl eines Betriebsrates

Bei den Sächsischen Serum-Werken sind ca. 100 Arbeiter und eine Anzahl Angestellte beschäftigt. Ein Betriebsrat bestand bisher in diesem Betrieb nicht. Wiederholt wurden jedoch schon Versuche unternommen, einen Betriebsrat ins Leben zu rufen, doch ging die Firma dazu über, die betreffenden Arbeiter unter den fadenscheinigsten Gründen zu entlassen. Dadurch herrscht jetzt eine solche Angst, daß kein Arbeiter den Mut findet, erneut die Frage des Betriebsrates zu stellen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Arbeiter der Serum-Werke auf ihr Recht pochen und darum kämpfen, daß auch in diesem Betrieb eine Vertretung der Arbeiter zustande kommt.

29. 1921